Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.01.2024 bis 31.12.2024

Name der Organisation: Porsche Leipzig

Anschrift: Porschestraße 1, 04158 Leipzig

Inhaltsverzeichnis

A. Strategie & Verankerung	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie	3
A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation	7
B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen	10
B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse	10
B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	16
B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	19
B4. Präventionsmaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	21
B5. Kommunikation der Ergebnisse	23
B6. Änderungen der Risikodisposition	24
C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen	25
C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	25
C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	26
C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	27
D. Beschwerdeverfahren	29
D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren	29
D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren	33
D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens	35
E. Überprüfung des Risikomanagements	36

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Die Überwachung der LkSG-relevanten menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten der Porsche Leipzig GmbH (nachfolgend PLG) erfolgt durch das Gremium Business & Human Rights Council, welches fachübergreifend besetzt und direkt an den Vorstand der Porsche AG berichtet. Das Business & Human Rights Council wird in seiner Arbeit durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Hat die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert, der gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird?

Es wird bestätigt, dass die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert hat, der i. S. d. § 4 Abs. 3 LkSG gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird.

- Bestätigt

Beschreiben Sie den Prozess, der mindestens einmal im Jahr bzw. regelmäßig die Berichterstattung an die Geschäftsleitung mit Blick auf das Risikomanagement sicherstellt.

LkSG-relevante Themen, die die PLG betreffen, werden im Rahmen der Berichterstattung des Business & Human Rights Councils der Porsche AG berücksichtigt. Das Business & Human Rights Council der Porsche AG berichtet regelmäßig (mindestens einmal jährlich) und anlassbezogen an den Vorstand der Porsche AG und die Geschäftsführung der PLG. Wesentliche Inhalte der Berichterstattung sind u. a. menschenrechts- und umweltrelevante Ergebnisse aus der kontinuierlichen Risikoanalyse, Erkenntnisse aus der Prüfung von eingegangenen Beschwerden und Informationen zur Wirksamkeit der Abhilfe- und Präventionsmaßnahmen.

Zudem wird durch die PLG jährlich ein lokaler LkSG Bericht erstellt, welcher durch die PLG Geschäftsführung vor Abgabe freigegeben wird.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Liegt eine Grundsatzklärung vor, die auf Grundlage der im Berichtszeitraum durchgeführten Risikoanalyse erstellt bzw. aktualisiert wurde?

Die Grundsatzklärung wurde hochgeladen

https://www.porsche-leipzig.com/fileadmin/redakteur/produktion/Menschenrechte/BHR_GrndsErkl_Porsche_v2.0_CL_EAN.pdf

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Wurde die Grundsatzklärung für den Berichtszeitraum kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Grundsatzklärung gegenüber Beschäftigten, gegebenenfalls dem Betriebsrat, der Öffentlichkeit und den unmittelbaren Zulieferern, bei denen im Rahmen der Risikoanalyse ein Risiko festgestellt wurde, kommuniziert worden ist.

- Bestätigt

Bitte beschreiben Sie, wie die Grundsatzklärung an die jeweiligen relevanten Zielgruppen kommuniziert wurde.

Die PLG hat eine eigene Grundsatzklärung auf Basis der konzernweiten Grundsatzklärung der Porsche AG veröffentlicht. Die Grundsatzklärung ist Bestandteil unserer Themenseiten "Menschenrechte bei der Porsche Leipzig GmbH und in unserer Lieferkette". Sie richtet sich an externe Zielgruppen (Öffentlichkeit, unmittelbare Zulieferer) und interne Zielgruppen (Beschäftigte, Betriebsrat). Darüber hinaus werden unsere Mitarbeiter durch Schulungsmaßnahmen Wirtschaft & Menschenrechte sensibilisiert.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Welche Elemente enthält die Grundsatzklärung?

- Einrichtung eines Risikomanagement
- Jährliche Risikoanalyse
- Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Bereitstellung eines Beschwerdeverfahrens im eigenen Geschäftsbereich, bei Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Dokumentations- und Berichtspflicht
- Beschreibung der festgestellten prioritären Risiken
- Beschreibung von menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen an eigene Beschäftigte und Zulieferer

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Beschreibung möglicher Aktualisierungen im Berichtszeitraum und der Gründe hierfür.

Die konzernweite Grundsatzklärung wurde v. a. aufgrund der weiterentwickelten Methodik der regelmäßigen Risikoanalyse für den eigenen Geschäftsbereich aktualisiert. Die Freigabe der in 2024 aktualisierten Grundsatzklärung erfolgte im Februar 2025 durch den Vorstand der Porsche AG. Auf dieser Basis hat die PLG die eigene Grundsatzklärung aktualisiert.

A. Strategie & Verankerung

A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation

In welchen maßgeblichen Fachabteilungen/Geschäftsabläufen wurde die Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb des Berichtszeitraums sichergestellt?

- Personal/HR
- Umweltmanagement
- Arbeitssicherheit & Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Einkauf/Beschaffung
- CSR/Nachhaltigkeit
- Recht/Compliance
- Sonstige: Der Bereich Unternehmenssicherheit ist in diesem Rahmen zuständig für folgende geschützte Rechtspositionen: Verbot der Gewaltanwendung u. Beeinträchtigung durch Sicherheitskräfte.

Beschreiben Sie, wie die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie innerhalb der verschiedenen Fachabteilungen/Geschäftsabläufe verteilt ist.

Personal/HR:

Für die Wahrnehmung und Einhaltung unserer menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten hat Porsche konzernweit klare Verantwortlichkeiten definiert. Die relevanten Rollen und Verantwortlichkeiten für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem LkSG im Porsche Konzern hat Porsche in der Richtlinie „Wirtschaft und Menschenrechte“ niedergeschrieben. Die PLG hat hierzu lokale Vorgaben implementiert.

Der Bereich Personal/HR ist in diesem Rahmen zuständig für folgende geschützte Rechtspositionen: Verbot von Kinderarbeit, Zwangsarbeit u. aller Formen von Sklaverei, Missachtung der Koalitionsfreiheit – Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung, Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns.

Umweltmanagement:

Für die Wahrnehmung und Einhaltung unserer menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten hat Porsche konzernweit klare Verantwortlichkeiten definiert. Die relevanten Rollen und Verantwortlichkeiten für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem LkSG im Porsche Konzern hat Porsche in der Richtlinie „Wirtschaft und Menschenrechte“ niedergeschrieben. Die PLG hat hierzu lokale Vorgaben implementiert.

Der Fachbereich ist in diesem Rahmen beratend für die Fachbereiche der PLG zuständig für folgende geschützte Rechtspositionen: Nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen

Abfällen, Verbotene Produktion u./o. Verwendung von persistenten organischen Schadstoffen, Verbotene Herstellung, Einsatz u./o. Entsorgung von Quecksilber, Verbotene Ein- und Ausfuhr gefährlicher Abfälle, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverunreinigung

Arbeitssicherheit & Betriebliches Gesundheitsmanagement:

Für die Wahrnehmung und Einhaltung unserer menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten hat Porsche konzernweit klare Verantwortlichkeiten definiert. Die relevanten Rollen und Verantwortlichkeiten für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem LkSG im Porsche Konzern hat Porsche in der Richtlinie „Wirtschaft und Menschenrechte“ niedergeschrieben. Die PLG hat hierzu lokale Vorgaben implementiert.

Der Fachbereich ist in diesem Rahmen beratend für die Fachbereiche der PLG zuständig für folgende geschützte Rechtspositionen: Missachtung von Arbeitsschutz u. arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

Einkauf/ Beschaffung:

Für die Wahrnehmung und Einhaltung unserer menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten hat Porsche konzernweit klare Verantwortlichkeiten definiert. Die relevanten Rollen und Verantwortlichkeiten für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem LkSG im Porsche Konzern hat Porsche in der Richtlinie „Wirtschaft und Menschenrechte“ niedergeschrieben. Die PLG hat hierzu lokale Vorgaben implementiert.

Der Fachbereich ist in diesem Rahmen zuständig für die im LkSG definierten geschützten Rechtspositionen sofern sie die Lieferkette und nicht den eigenen Geschäftsbereich von Porsche betreffen.

CSR/Nachhaltigkeit:

Für die Wahrnehmung und Einhaltung unserer menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten hat Porsche klare Verantwortlichkeiten definiert. Die relevanten Rollen und Verantwortlichkeiten für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem LkSG im Porsche Konzern hat Porsche in der Richtlinie „Wirtschaft und Menschenrechte“ niedergeschrieben. Die PLG hat hierzu lokale Vorgaben implementiert. Der Bereich Nachhaltigkeit steuert in diesem Zusammenhang die Nachhaltigkeitsstrategie der PLG bei der die Umsetzung des LkSG zentraler Bestandteil ist.

Recht/ Compliance:

Für die Wahrnehmung und Einhaltung unserer menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten hat Porsche klare Verantwortlichkeiten definiert. Die relevanten Rollen und Verantwortlichkeiten für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem LkSG im Porsche-Konzern hat Porsche in der Konzernrichtlinie "Wirtschaft und Menschenrechte" niedergeschrieben. Der Bereich Recht und Compliance der Porsche AG ist in diesem Rahmen zuständig für den Betrieb

der Business & Human Rights Geschäftsstelle (BHR-Geschäftsstelle). PLG Recht und Compliance ist lokal für das Thema Business & Human Rights zuständig.

Beschreiben Sie, wie die Strategie in operative Prozesse und Abläufe integriert ist.

Die relevanten operativen Prozesse und Abläufe für die Fachbereiche in Bezug auf die geschützten Rechtspositionen sind in entsprechenden Porsche Richtlinien definiert.

Beschreiben Sie, welche Ressourcen & Expertise für die Umsetzung bereitgestellt werden.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben im Sinne der oben genannten operativen Abläufe und Prozesse sind in den relevanten Bereichen entsprechende personelle Ressourcen unter Berücksichtigung der fachlichen Anforderungen aufgeplant.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurde im Berichtszeitraum eine regelmäßige (jährliche) Risikoanalyse durchgeführt, um menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken zu ermitteln, zu gewichten und zu priorisieren?

- Ja, für den eigenen Geschäftsbereich
- Ja, für unmittelbare Zulieferer

Beschreiben Sie, in welchem Zeitraum die jährliche Risikoanalyse durchgeführt worden ist.

Eigener Geschäftsbereich:

September 2024 - April 2025

Unmittelbare Zulieferer:

Die regelmäßige Risikoanalyse wurde in 2024 durchgeführt und Anfang 2025 mittels einer neuen Methodik aktualisiert. Die Ergebnisse liegen der PLG seit Mai 2025 vor und sind Bestandteil dieses Berichts.

Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse.

Eigener Geschäftsbereich:

Für den eigenen Geschäftsbereich nutzen wir unser Compliance Risk Assessment, in welchem wir die LkSG-relevanten menschenrechts- und umweltbezogenen Themenfelder innerhalb Porsches abbilden. In einem ersten Schritt identifizieren wir für jede geschützte Rechtsposition potentielle Risikotreiber und deren Ausprägung (z.B. Anhand der Indikatoren: Schwere, Eintrittswahrscheinlichkeit etc.) mittels Risiko Scores. Das Risk Assessment wird in Zusammenarbeit mit der PAG ausgeführt. Die Risikoanalyse bildet dabei die Grundlage für die Identifikation angemessener Maßnahmen. Die Analyse menschenrechtlicher und umweltbezogener Risiken und Auswirkungen erfolgt jährlich und anlassbezogen bei wesentlichen Änderungen oder Erweiterungen der Risikolage.

Unmittelbare Zulieferer:

Die neue Methodik für die regelmäßige Risikoanalyse der unmittelbaren Zulieferer (gem. § 5 Abs. 1, 3 LkSG) ermittelt und priorisiert sowohl abstrakte als auch konkrete schutzgutspezifische Risiken. Die abstrakte Risikoanalyse berücksichtigt vor allem Länderrisiken, Produkt- und Dienstleistungsgruppen sowie die Komplexität der Lieferkette. In der konkreten Analyse werden die vorherigen Ergebnisse über interne und externe Erkenntnisse (insb. Branchenstudien und Rohstoffrisiken) und Risikofaktoren weiter konkretisiert. Die Zuordnung der sich so ergebenden Risiken erfolgt anhand von definierten Risikofaktoren je Schutzgut. Am Ende werden die ermittelten Risiken unter Anwendung der Angemessenheitskriterien priorisiert.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden im Berichtszeitraum auch anlassbezogene Risikoanalysen durchgeführt?

- Ja, aufgrund substantiiertes Kenntnis von möglichen Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern

Beschreiben Sie die konkreten Anlässe.

Beschwerden/Hinweise, Medienberichte, NGO Publikationen.

Beschreiben Sie, zu welchen Erkenntnissen die Analyse in Bezug auf eine wesentlich veränderte und/oder erweiterte Risikolage geführt hat.

Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse aus den durchgeführten Analysen hat sich bislang noch kein Änderungsbedarf ergeben.

Beschreiben Sie, inwiefern Erkenntnisse aus der Bearbeitung von Hinweisen/Beschwerden eingeflossen sind.

Die Hinweise und Beschwerden im Supply Chain Grievance Mechanism (SCGM) waren unter anderem der Ausgangspunkt für durchgeführte, anlassbezogene Risikoanalysen. Die Erkenntnisse aus dieser Bearbeitung fließen in zukünftige Analysen und Fallbearbeitungen ein.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) im eigenen Geschäftsbereich ermittelt?

- Keine

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei unmittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei mittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Keine

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden die im Berichtszeitraum ermittelten Risiken gewichtet und ggf. priorisiert und wenn ja, auf Basis welcher Angemessenheitskriterien?

- Ja, auf Basis der zu erwarteten Schwere der Verletzung nach Grad, Anzahl der Betroffenen und Unumkehrbarkeit
- Ja, auf Basis des eigenen Einflussvermögens
- Ja, auf Basis der Wahrscheinlichkeit des Eintritts
- Ja, auf Basis der Art und Umfang der eigenen Geschäftstätigkeit
- Ja, auf Basis der Art des Verursachungsbeitrags

Beschreiben Sie näher, wie bei der Gewichtung und ggf. Priorisierung vorgegangen wurde und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

Eigener Geschäftsbereich:

In der Berichtsperiode erfolgte im eigenen Geschäftsbereich keine Priorisierung von Risiken. Alle identifizierten Risiken werden mit Hilfe angemessener Maßnahmen bearbeitet.

Unmittelbare Zulieferer:

Bei der Berücksichtigung der Angemessenheitskriterien wurden unter anderem das Auftragsvolumen, die Komplexität der Beschaffenheit bzw. Art der Produkte oder Dienstleistungen, die Komplexität der Lieferkette, Umsatzschwelle und Häufigkeit von festgestellten Risiken betrachtet.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Risiken wurden im Berichtszeitraum im eigenen Geschäftsbereich priorisiert?

- Keine

Falls keine Risiken ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

In der Berichtsperiode erfolgte im eigenen Geschäftsbereich keine Priorisierung von Risiken. Alle identifizierten Risiken werden mit Hilfe angemessener Maßnahmen bearbeitet.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken im eigenen Geschäftsbereich umgesetzt?

- Durchführung von Schulungen in relevanten Geschäftsbereichen
- Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Durchführung von Schulungen in relevanten Geschäftsbereichen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Um unsere Mitarbeiter zur Achtung der menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten zu sensibilisieren und in den relevanten Geschäftsbereichen die nötigen Kenntnisse für die wirksame Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltsprozesse zu vermitteln, führen wir in der PLG kontinuierlich Schulungsmaßnahmen durch.

Beschreiben Sie, inwiefern die Schulungen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Durch Schulungen wirken wir darauf hin, dass die Mitarbeiter von Porsche unsere menschenrechtsbezogenen Erwartungen und relevante Risiken, auch im Umgang mit Geschäftspartnern, kennen sowie verstehen und befähigt sind, danach zu handeln. Dies schließt auch die Kenntnis von Anlaufstellen, wie dem Beschwerdeverfahren mit ein. Ziel ist es, potenzielle Risiken zu reduzieren als auch das (wiederholte) Auftreten von potenziellen Menschenrechtsverletzungen im eigenen Geschäftsbereich und unseren globalen Lieferketten zu identifizieren und damit die Grundlage für Abhilfemaßnahmen zu schaffen.

Die Angemessenheit der Maßnahmen hat Porsche extern überprüfen und bestätigen lassen.

Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Im Rahmen der konzernweiten Compliance Monitoring Aktivitäten führt die Porsche AG risikobasiert in ausgewählten Konzerngesellschaften vor-Ort-Besuche durch. Ziel dabei ist es, die Wirksamkeit des lokalen Compliance Management Systems inklusive des Themas Wirtschaft und Menschenrechte zu überprüfen.

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Durch risikobasierte Kontrollmaßnahmen wirken wir darauf hin, dass die Mitarbeiter von Porsche unsere menschenrechtsbezogenen Erwartungen und relevante Risiken, auch im Umgang mit Geschäftspartnern, kennen sowie verstehen und befähigt sind, danach zu handeln. Dies schließt auch die Kenntnis von Anlaufstellen, wie dem Beschwerdeverfahren mit ein. Ziel ist es, potenzielle Risiken zu reduzieren als auch das (wiederholte) Auftreten von potenziellen Menschenrechtsverletzungen im eigenen Geschäftsbereich und unseren globalen Lieferketten zu identifizieren und damit die Grundlage für Abhilfemaßnahmen zu schaffen.

Die Angemessenheit der Maßnahmen hat Porsche extern überprüfen und bestätigen lassen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden für den Berichtszeitraum bei unmittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei

Um welches konkrete Risiko geht es?

Es geht um das Risiko in Bezug auf die in § 2 Nr. 3 und 4 LkSG genannten Verbote.

Wo tritt das Risiko auf?

- Deutschland

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei unmittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Schulungen und Weiterbildungen zur Durchsetzung der vertraglichen Zusicherung
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Andere Kategorien:

ausgewählt:

- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Schulungen und Weiterbildungen zur Durchsetzung der vertraglichen Zusicherung
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Die überarbeitete Methodik der Risikoanalyse führt zu neuen Ergebnissen. Vor diesem Hintergrund werden aktuell bestehende Präventionsmaßnahmen in Bezug auf die priorisierten Risiken angepasst.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B4. Präventionsmaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden aufgrund der anlassbezogenen Risikoanalyse bei mittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Keine

Falls keine Risiken ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

Im Berichtszeitraum haben weder die anlassbezogene noch die regelmäßige Risikoanalyse zu prioritären Risiken bei mittelbaren Zulieferern geführt. Unabhängig davon erhalten identifizierte Risiken Maßnahmen zu deren Mitigation.

Bei der PLG werden Risiken bei mittelbaren Zulieferern grundsätzlich durch zwei Verfahren ermittelt: Supply Chain Grievance Mechanism und Vor-Ort-Prüfungen. Der Supply Chain Grievance Mechanism dient der Bearbeitung von Hinweisen auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie auf Verstöße gegen menschenrechtsbezogene oder umweltbezogene Pflichten - auch für Hinweise zu mittelbaren Zulieferern. Durch die im Rahmen des Sustainability-Ratings risikobasiert durchgeführten Vor-Ort-Prüfungen beim unmittelbaren Zulieferer können auch Risiken bei mittelbaren Zulieferern identifiziert werden, zum Beispiel durch den Einsatz von Zeitarbeitsfirmen am Standort.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B4. Präventionsmaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei mittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken
- Andere/weitere Maßnahmen: Durch Medienmonitoring werden potenzielle Risiken bei mittelbaren Zulieferern überwacht.

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/ Geltungsbereich).

Die Präventionsmaßnahmen beinhalten eine sukzessive Anpassung der Vergabepaxis bei bestimmten Zulieferern.

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Die Maßnahmen befinden sich derzeit noch in der Umsetzungsphase. Eine Wirksamkeitsüberprüfung erfolgt, wenn eine ausreichende Datengrundlage vorliegt.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B5. Kommunikation der Ergebnisse

Wurden die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern an maßgebliche Entscheidungsträger:innen kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern gem. § 5 Abs. 3 LkSG an die maßgeblichen Entscheidungsträger:innen, etwa an den Vorstand, die Geschäftsführung oder an die Einkaufsabteilung, kommuniziert wurden.

- Bestätigt

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B6. Änderungen der Risikodisposition

Welche Änderungen bzgl. prioritärer Risiken haben sich im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergeben?

Unmittelbare Zulieferer:

Im aktuellen Berichtszeitraum wurden die folgenden Risiken priorisiert: §2 Abs 2 Nr. 3 und 4 LkSG.
Diese Änderungen sind auf eine Umstellung der Methodik der Risikoanalyse zurückzuführen.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Die PLG nutzt das Beschwerdeverfahren des Porsche Konzerns. Porsche betreibt ein Beschwerdemanagementsystem, das internen und externen Beschwerdeführern vertrauliche Kommunikationskanäle zur Meldung von möglichen Menschenrechtsverstößen und Verletzungen umweltbezogener Pflichten bietet. Die Meldekanäle sind öffentlich zugänglich und werden in klarer und verständlicher Sprache an interne und externe Zielgruppen kommuniziert. Beschwerden über mögliche Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen umweltbezogener Pflichten in unserem eigenen Geschäftsbereich und unserer Lieferkette werden im Rahmen eines standardisierten Prozesses bearbeitet.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Wurden für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

Die PLG nutzt das Beschwerdeverfahren des Porsche Konzerns. Porsche betreibt ein Beschwerdemanagementsystem, das internen und externen Beschwerdeführern vertrauliche Kommunikationskanäle zur Meldung von möglichen Menschenrechtsverstößen und Verletzungen umweltbezogener Pflichten bietet. Die Meldekanäle sind öffentlich zugänglich und werden in klarer und verständlicher Sprache an interne und externe Zielgruppen kommuniziert. Beschwerden in Bezug auf Lieferanten werden durch die zuständige Stelle (Supply Chain Grievance Mechanism) bearbeitet. Ebenso können anlassbezogene oder reguläre Risikoanalysen, Kontrollhandlungen (z.B. Wirksamkeitsüberprüfungen, Vor-Ort-Besuche) sowie Medienberichte Hinweise auf mögliche Verletzungen liefern.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Ja

Beschreiben Sie, auf welcher Basis die festgestellten Verletzungen gewichtet & priorisiert wurden und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

Da allen festgestellten Verletzungen nachgegangen wird, erfolgt weder eine Gewichtung noch eine Priorisierung.

Beschreiben Sie, welche Abhilfemaßnahmen ggfs. ergriffen wurden, und insbesondere welche Abwägungen in Bezug auf die Auswahl und Gestaltung von Maßnahmen im Rahmen der entsprechenden Konzepte zur Beendigung und Minimierung getroffen wurden.

Nach einer objektiven Bewertung war eine Abhilfe nicht möglich. Sofern erforderlich Präventionsmaßnahmen ergriffen.

In welchen Themen wurden Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher Sicherheitskräfte, die aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle zu Beeinträchtigungen führen können

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Sofern Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums trotz entsprechender Konzepte verhindert, beendet oder minimiert werden konnten:

Beschreiben Sie Ihre weiteren Maßnahmen.

Eine Beendigung der Verletzungen konnte unabhängig von Abhilfemaßnahmen festgestellt werden.

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

In welcher Form wurde für den Berichtszeitraum ein Beschwerdeverfahren angeboten?

- Beteiligung an einem Verfahren

Beschreiben Sie das unternehmenseigene Verfahren und/oder das Verfahren an dem sich Ihr Unternehmen beteiligt.

Die PLG nutzt das Beschwerdeverfahren des Porsche Konzerns.

Porsche betreibt ein Beschwerdemanagementsystem, das internen und externen Beschwerdeführern vertrauliche Kommunikationskanäle zur Meldung von möglichen Menschenrechtsverstößen und Verletzungen umweltbezogener Pflichten bietet. Die Meldekanäle sind öffentlich zugänglich und werden in klarer und verständlicher Sprache an interne und externe Zielgruppen kommuniziert. Beschwerden über mögliche Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen umweltbezogener Pflichten in unserem eigenen Geschäftsbereich und unserer Lieferkette werden im Rahmen eines standardisierten Prozesses bearbeitet.

Die Beschwerden werden neutral und fair bearbeitet. Festgestellte Regelverstöße werden zeitnah abgestellt und angemessen sanktioniert. Beschwerdeführer werden, soweit möglich und in unserer Einflussphäre liegend, im Zusammenhang mit den von ihnen eingereichten Meldungen vor Benachteiligungen geschützt.

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

Welche potenziell Beteiligten haben Zugang zu dem Beschwerdeverfahren?

- Eigene Arbeitnehmer
- Gemeinschaften in der Nähe von eigenen Standorten
- Arbeitnehmer bei Zulieferern
- Externe Stakeholder wie NGOs, Gewerkschaften, etc

Wie wird der Zugang zum Beschwerdeverfahren für die verschiedenen Gruppen von potenziell Beteiligten sichergestellt?

- Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform
- Informationen zur Erreichbarkeit
- Informationen zur Zuständigkeit
- Informationen zum Prozess
- Sämtliche Informationen sind klar und verständlich
- Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zur Erreichbarkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zur Zuständigkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zum Prozess

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind klar und verständlich

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Optional: Beschreiben Sie.

-

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

War die Verfahrensordnung für den Berichtszeitraum öffentlich verfügbar?

Datei wurde hochgeladen

Zur Verfahrensordnung:

https://newsroom.porsche.com/dam/jcr:d873d379-3391-48d2-b12c-62b0c9da0e52/250331_PAG_BHR_Verfahrensordnung_Beschwerdeverfahren_2.1.pdf

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Geben Sie die für das Verfahren zuständigen Person(en) und deren Funktion(en) an.

Das Beschwerdeverfahren für menschenrechts- und umweltbezogene Beschwerden wird durch die Geschäftsstelle des BHR-Councils bei der Porsche AG gesteuert.

Es wird bestätigt, dass die in § 8 Abs. 3 LkSG enthaltenen Kriterien für die Zuständigen erfüllt sind, d. h. dass diese die Gewähr für unparteiisches Handeln bieten, unabhängig und an Weisungen nicht gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet sind

- Bestätigt

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Es wird bestätigt, dass für den Berichtszeitraum Vorkehrungen getroffen wurden, um potenziell Beteiligte vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde zu schützen.

- Bestätigt

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere wie das Beschwerdeverfahren die Vertraulichkeit der Identität von Hinweisgebenden gewährleistet.

Die mit der Bearbeitung von Beschwerden betrauten Mitarbeitenden behandeln auf Basis der relevanten Vorgabedokumente (u. a. Verfahrensordnung) die ihnen erlangten Informationen grundsätzlich vertraulich gegenüber anderen Personen. Dies gilt insbesondere für personenbezogene Daten. Die Identität des Beschwerdeführers wird, soweit er dies wünscht und es gesetzlich möglich ist, nicht offengelegt. Für die Weitergabe von vertraulichen Informationen gilt im Übrigen das Need-to-know-Prinzip. D. h. der Kreis der Personen, die über die Beschwerde, die betroffenen Personen, die Bearbeitung und deren Ergebnis informiert werden, wird auf das zwingend notwendige Maß beschränkt. Gleiches gilt für die diesen Personen erteilten Informationen. Etwaigen gesetzlichen und behördlichen Offenlegungs- und Meldepflichten wird nur nachgekommen, wenn dies zwingend rechtlich geboten ist.

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere durch welche weiteren Maßnahmen Hinweisgebende geschützt werden.

Benachteiligungen, Einschüchterungen oder Anfeindungen von Beschwerdeführern durch Porsche-Mitarbeiter sowie sonstige, von Porsche-Mitarbeitern ausgehende Repressalien gegen Beschwerdeführer oder Personen, die nach bestem Wissen und Gewissen an Untersuchungen mitwirken, werden von Porsche nicht geduldet und werden als potenzieller Regelverstoß eines Mitarbeiters im eigenen Geschäftsbereich dem Hinweisgebersystem gemeldet und dort bearbeitet. Über den Code of Conduct für Geschäftspartner wirken wir bei unseren unmittelbaren Zulieferern darauf hin, dass keine Repressalien gegen Beschwerdeführer ergriffen werden und diese Erwartungshaltung auch an ihre jeweiligen Lieferanten weitergegeben wird.

D. Beschwerdeverfahren

D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens

Sind im Berichtszeitraum über das Beschwerdeverfahren Hinweise eingegangen?

- Nein

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existiert ein Prozess, das Risikomanagement übergreifend auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit hin zu überprüfen?

In welchen nachfolgenden Bereichen des Risikomanagements wird auf Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft?

- Prozess der Risikoanalyse und Priorisierung
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren
- Dokumentation

Beschreiben Sie, wie diese Prüfung für den jeweiligen Bereich durchgeführt wird und zu welchen Ergebnissen sie – insbesondere in Bezug auf die priorisierten Risiken - geführt hat.

Die Überwachung der LkSG-relevanten menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten der PLG erfolgt durch das Gremium Business & Human Rights Council der Porsche AG. Das Business & Human Rights Council wird in seiner Arbeit durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Im Berichtszeitraum wurde die bestehende Risikoanalyse im Porsche Konzern zu menschenrechts- und umweltbezogenen Pflichten, über die auch die PLG abgedeckt ist, unter Einbindung der relevanten Porsche AG Fachbereiche überprüft, in Bezug auf mögliche Risikotreiber weiter ausdifferenziert und aktualisiert.

Konzernweit findet jährlich sowie anlassbezogen nach einem risikoorientierten Ansatz die zentrale Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen und die Angemessenheit der Dokumentation für den Porsche Konzern statt (u. a. über sog. Compliance Monitorings und im Rahmen externer Prüfungen), um nachteilige, menschenrechtliche Auswirkungen zu vermeiden und abzumildern. Dies umfasst auch die risikoorientierte Prüfung, ob die bei der PLG genutzte Leitlinie Verhaltensgrundsätze für Mitarbeiter und der Code of Conduct für Geschäftspartner eingehalten werden und eingehende Beschwerden über potenzielle Menschenrechtsverletzungen bearbeitet wurden.

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existieren Prozesse bzw. Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass bei der Errichtung und Umsetzung des Risikomanagements die Interessen Ihrer Beschäftigten, der Beschäftigten innerhalb Ihrer Lieferketten und derjenigen, die in sonstiger Weise durch das wirtschaftliche Handeln Ihres Unternehmens oder durch das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens in Ihren Lieferketten in einer geschützten Rechtsposition unmittelbar betroffen sein können, angemessen berücksichtigt werden?

In welchen Bereichen des Risikomanagements existieren Prozesse bzw. Maßnahmen um die Interessen der potenziell Betroffenen zu berücksichtigen?

- Ressourcen & Expertise
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie die Prozesse bzw. Maßnahmen für den jeweiligen Bereich des Risikomanagements.

Der Stakeholder Dialog von Porsche zum Thema Nachhaltigkeit wird seit 2016 durch den Porsche Nachhaltigkeitsbeirat institutionalisiert. Externe Spezialisten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft beraten regelmäßig den Vorstand und das Topmanagement der Porsche AG bei der strategischen Ausrichtung auf Nachhaltigkeit. Die Mitglieder sind unabhängig, nicht weisungsgebunden sowie vom Vorstand mit weitgehenden Informations-, Konsultations- und Initiativrechten ausgestattet.

Darüber hinaus beteiligt sich die Porsche AG am Branchendialog Automobilindustrie zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP). Die PLG profitiert als Konzerngesellschaft der Porsche AG von der Teilnahme an branchenspezifischen bzw. übergreifenden Initiativen durch die Porsche AG.

Sofern eine Kontaktaufnahme zum Beschwerdeführer möglich ist, wird der Sachverhalt der Beschwerde mit dem Beschwerdeführer erörtert. Wird eine Verdachtslage angenommen, wird geprüft, welche Untersuchungs- bzw. Aufklärungsmaßnahmen (sog. Folgemaßnahmen) im Einzelfall erforderlich sind. Dies beinhaltet insbesondere das Stellen von Verständnisfragen und Einholen weiterer Informationen.

Interessen von internen und externen Stakeholdern werden bei der Definition von Maßnahmen berücksichtigt. Zudem besteht ein regelmäßiger Austausch mit Zulieferern und weiteren Stakeholdern in diversen Initiativen.